

Tirol-Erklärung

an die künftige österreichische Bundesregierung und alle im Nationalrat vertretenen Parteien

–

Präambel

Das Bundesland Tirol erhebt den Anspruch, im europäischen Wettbewerb der Regionen und im österreichweiten Vergleich der Bundesländer eine Vorreiterrolle einzunehmen. Gerade deshalb sind die föderale Struktur der Republik Österreich und die Handlungsfähigkeit der Bundesländer von großer Bedeutung für uns. Unter Berücksichtigung der Ziele und Grundsätze des staatlichen Handelns, die in der Tiroler Landesordnung 1989 festgeschrieben sind, unternimmt die Tiroler Landesregierung alle Anstrengungen, um eine erfolgreiche und nachhaltige Entwicklung des Landes sicherzustellen. Dabei sind insbesondere die in der Landesordnung festgeschriebenen Ziele der freien Entfaltung der Persönlichkeit des Einzelnen, die Selbsthilfe der Landesbewohnerinnen und Landesbewohner, die Tätigkeit von Freiwilligen im Dienst der Allgemeinheit und der Zusammenhalt aller gesellschaftlichen Gruppen Ausdruck eines starken Selbst- und Grundverständnisses der Tiroler Bevölkerung. Die Tiroler Landesregierung beruft sich in ihrer Arbeit auf stabile politische Verhältnisse im Bundesland Tirol, die gute und konstruktive Zusammenarbeit der gemäßigten politischen Parteien sowie eine stabile Koalition auf Augenhöhe. Extremen Tendenzen, den politischen Rändern und der polarisierenden politischen Kultur, wie sie derzeit auf Bundesebene genährt wird, erteilt Tirol eine deutliche Absage. Am 29. September 2024 entscheidet die Bevölkerung über die Zusammensetzung des Nationalrates und damit über die politischen Verhältnisse in Österreich. Die Tiroler Landesregierung macht sich deshalb für eine Tiroler Vertretung in den politischen Gremien auf Bundesebene stark, um die Interessen der Tirolerinnen und Tiroler auf allen Ebenen zu wahren und die positive Entwicklung des gesamten Bundesgebietes zu unterstützen. Im Regierungsprogramm „Stabilität in der Krise. Erneuerung für Tirol. 2022 – 2027“ hat sich die Tiroler Landesregierung zu Stabilität, Sicherheit, dem sozialen Frieden und der Bereitschaft, neue Lösungen für die großen Herausforderungen unserer Zeit zu entwickeln, bekannt. Die Vereinbarungen und Übereinkünfte im Tiroler Regierungsprogramm sollen Einfluss in die Arbeit der künftigen Bundesregierung finden, um die gemeinsamen Ziele voranzutreiben. Mit der Angelobung der neuen Tiroler Landesregierung unter der Führung von Landeshauptmann Anton Mattle und dem 1. Landeshauptmann-Stellvertreter Georg Dornauer, getragen von der Tiroler Volkspartei und der SPÖ Tirol und befürwortet von einem großen Teil der Bevölkerung, hat für Tirol der verlässliche Fortschritt begonnen. Den großen Herausforderungen unserer Zeit hat sich diese Tiroler Landesregierung in den vergangenen 22 Monaten erfolgreich gestellt. Gemeinsam wurde in einer Zeit multipler Krisen und Umbrüche dafür gesorgt, dass die Menschen nicht allein gelassen werden. Mit diesem Anspruch nimmt die Tiroler Landesregierung auch die künftige österreichische Bundesregierung in die Pflicht. Die Kraft unserer Republik liegt in der Freiheit, der Vielfalt sowie im demokratischen und sozialen Zusammenhalt. Die Tiroler Regierungsarbeit zeigt, dass trotz unterschiedlicher Traditionen und Perspektiven stets tragfähige gemeinsame Lösungen gefunden werden. So ist Regierungsarbeit dann erfolgreich, wenn ein gesunder Pragmatismus vorherrscht und ideologische Scheuklappen abgelegt werden – zum Wohle der Bevölkerung. Prinzipien und Standpunkte sind das Wesen von politischen Parteien, Kompromisse und ein Aufeinanderzugehen die Erfolgsrezepte für eine funktionierende Regierungsarbeit. Denn was von einem breiten politischen und gesellschaftlichen Konsens getragen wird, das hat Bestand. Die Mitglieder der Tiroler Landesregierung fordern ein starkes politisches und gesellschaftliches Bekenntnis zu den demokratischen Grundwerten mit den Menschen- und Minderheitenrechten im Mittelpunkt. Dazu zählt auch die Akzeptanz von Mehrheitsverhältnissen und Entscheidungen, die in demokratischen Prozessen mehrheitlich getroffen werden. Alle politischen Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger sind gefordert, die Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen, die demokratisch zustande kommen, zu fördern. Unabhängig von den parteipolitischen Grenzen der demokratisch-konstruktiven Kräfte ist es der Anspruch der Tiroler Landesregierung, dass der künftigen Bundesregierung mindestens eine fachlich qualifizierte Vertretung aus Tirol angehört, um einen inhaltlichen Beitrag für die Regierungsarbeit zu leisten und dabei auch stets die regionalen Gegebenheiten, Herausforderungen und Chancen des Bundeslands Tirol im Blick zu haben.

Tirol-Themen

Unter Federführung des Landeshauptmannes von Tirol, Anton Mattle, und des 1. Landeshauptmann-Stellvertreters, Dr. Georg Dornauer, adressiert die Tiroler Landesregierung Themen und Inhalte an die künftige Bundesregierung und die im Nationalrat vertretenen Parteien, die von besonderer Relevanz für das Bundesland Tirol sind und im nächsten Regierungsprogramm dringend Berücksichtigung finden sollen.

Verkehr, Mobilität, Energie, Umwelt- und Klimaschutz

Volle Unterstützung der Tiroler Bevölkerung im Kampf gegen den Transit!

Die Tiroler Bevölkerung erwartet sich von der künftigen Bundesregierung zurecht bedingungslose Unterstützung im Kampf gegen den überbordenden Transitverkehr sowie ein Bekenntnis und die Aufrechterhaltung der bestehenden Anti-Transitmaßnahmen. Dies bedingt ein eigenständiges Tiroler-Transit-Kapitel im künftigen Regierungsprogramm. Der Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene – in Zusammenarbeit mit Deutschland und Italien – muss besondere Bedeutung eingeräumt werden. Dabei ist insbesondere die Harmonisierung der Schiene wesentlich, um die Attraktivität des Bahngüterverkehrs zu erhöhen. Das in der Kufsteiner-Erklärung mit Bayern und Südtirol vereinbarte intelligente Verkehrsmanagementsystem (SLOT-System) soll gemeinsam mit Deutschland und Italien vorangetrieben, notfalls aber auch nationalstaatlich umgesetzt werden. Gemeinsam mit dem Bundesland Tirol soll ein Forderungspapier an die Europäische Kommission gerichtet werden, das folgende Punkte umfasst:

- Ernsthaftes Bekenntnis zu den geltenden Vereinbarungen und Zielen, die eine Reduktion des Verkehrs auf der Straße sowie eine effektive Verlagerung auf die Schiene vorsehen.
- Unterstützung für ein grenzüberschreitendes intelligentes Verkehrsmanagement, wie von Bayern, Tirol und Südtirol vereinbart, um mittels buchbarer Slots den Verkehr zu entzerren.
- Mehr Engagement für einen europäischen Eisenbahnraum mit dem Abbau von bürokratischen Hürden sowie der Verlängerung und Ausweitung des Projekts „Brenner ohne Grenzen“.
- Nachdruck gegenüber den Mitgliedsstaaten zur Umsetzung der BBT-Zulaufinfrastruktur und einen Masterplan für Verladeterminalinfrastruktur, um die Verlagerung auf die Schiene voranzutreiben.
- Nachdruck für die Umsetzung einer Brennerkorridormaut, um Umwegverkehr zu reduzieren und Kostenwahrheit zwischen Straße und Schiene herzustellen.

Im Zuständigkeitsbereich des Bundes sind alle infrastrukturellen und baulichen Maßnahmen zu unternehmen und voranzutreiben, um die Anrainerinnen und Anrainer entlang von stark belasteten Straßenabschnitten zu entlasten – das gilt bspw. auch für den von der Tiroler Landesregierung geforderten Bahntunnel zwischen dem Außerfern und dem Inntal. Damit verbunden sind Entlastungsmaßnahmen, Galerie-, Tunnel- und Einhausungslösungen, Lärm- und Gesundheitsschutzmaßnahmen, wichtige Infrastrukturmaßnahmen wie Anschlussstellen sowie die Mitfinanzierung beim Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs und der Straßeninfrastruktur von Gemeinden und Ländern.

Ausbau der erneuerbaren Energie vorantreiben!

Es gilt, in Österreich alle technisch sinnvoll nutzbaren erneuerbaren Energiequellen auszubauen und neue technologische Entwicklungen zu berücksichtigen. Von einer künftigen Bundesregierung ist Technologieoffenheit in alle Richtungen gefordert. Es ist ein ernsthaftes öffentliches Interesse am Ausbau von Wind- und Wasserkraft sowie Photovoltaik und Biomasse festzulegen. Die regionalen Ausbaupläne sollen unterstützt, anstatt gehemmt werden. Die künftige Bundesregierung muss dabei insbesondere das Wasserkraftpotential Tirols anerkennen. Förderungen für Unternehmen und Private sollen weiter ausgebaut und weiterhin forciert werden, dabei müssen insbesondere energieintensive Betriebe, die sich im internationalen Wettbewerb befinden, zielgerichtet unterstützt werden.

Tirol soll als Wasserstoff-Kompetenzregion gestärkt und notwendige Vereinbarungen verlängert werden. Eine ambitionierte Novelle des Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetzes (ElWOG) für mehr Nachvollziehbarkeit bei Stromverträgen und Strompreisen ist unausweichlich. Den Zielen des „Nationalen Gewässerbewirtschaftungsplans“ müssen seitens des Bundes Taten folgen. Von der künftigen Bundesregierung erwartet sich die Tiroler Landesregierung einen konkreten Maßnahmenplan für Hitzeschutz.

Klimaschutz und die damit verbundenen Maßnahmen haben gerade in Tirol aufgrund des alpinen und gebirgigen Lebensraums und den damit verbundenen stärkeren Auswirkungen klimatischer Veränderungen eine besonders hohe Priorität. Der Stellenwert natürlicher Ressourcen zeigt sich vor allem im Tourismus, als Säule der regionalen Wirtschaft. Zudem bietet Tirol durch seine geografischen Gegebenheiten auch ein großes Potenzial für die Nutzung erneuerbarer Energieträger. Mit der Tiroler Nachhaltigkeits- und Klimastrategie hat die Tiroler Landesregierung eine klare Strategie für die nachhaltige, klimaverträgliche und ökologisch vertretbare Entwicklung des Landes. Es bedarf übergeordnete und sektorenspezifische Zielpfade. Die Kompetenzsituation verstärkt die Notwendigkeit einer wirksamen Koordination zwischen den Gebietskörperschaften sowie geeigneter Governance-Strukturen. Die Bundesprogramme Klima- und Energiemodellregionen (KEM) sowie Klimawandel-Anpassungsmodellregionen (KLAR!) aber auch die Nachhaltigkeitskoordinatoren im Tourismus sind dabei best-practice-Beispiele für ganz Österreich.

–

Wohnen, Raumordnung, Grundverkehr, Gemeinden, Regionen, Land- und Forstwirtschaft

Leistbares Wohnen und finanzierbares Eigentum möglich machen!

Der Wunsch nach den eigenen vier Wänden ist im Bundesland Tirol besonders ausgeprägt. Neben den Herausforderungen auf Landesebene, denen sich die Tiroler Landesregierung engagiert widmet, sind es auch bundesweite Hemmnisse, die die Schaffung von leistbarem Wohnraum und Eigentum erschweren. Deshalb gilt es, die Rahmenbedingungen weiter und nachhaltig zu verbessern, damit sich insbesondere junge Menschen Wohnraum schaffen können. Die Tiroler Landesregierung fordert wiederholt die Finanzmarktaufsicht (FMA) auf, die hemmenden Rahmenbedingungen zu beenden. Dies beinhaltet die sofortige Änderung der KIM-Verordnung. Beispielsweise können Quoten-Vorgaben nicht mehr auf einzelne Kreditnehmerinnen und Kreditnehmer bezogen werden, sondern für ein Bankinstitut im Gesamten gelten. Haftungen und Darlehen im Rahmen der Wohnbauförderung müssen als Eigenmittel anerkannt und insbesondere die Vor- und Zwischenfinanzierungen der Wohnbauförderungsdarlehen und sonstiger gebundener Eigenmittel aus der Verordnung ausgenommen werden. Eine Verlängerung der KIM-Verordnung in dieser Form wird kategorisch abgelehnt. Die Tiroler Landesregierung fordert im Sinne des Föderalismus, dass in den Gremien der FMA – insbesondere im Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) – künftig auch die Länder vertreten sind.

Künftig soll ein Bundesrahmengesetz im Mietrecht eine regionale Ausgestaltung durch die Länder ermöglichen, wodurch die Tiroler Landesregierung Maßnahmen setzen kann, um den Druck auf Mieten zu reduzieren, das Vermieten attraktiver zu machen und Leerstand effektiv zu mobilisieren. Durch eine Novelle des Wohnungseigentumsgesetzes soll künftig mehr Handlungsspielraum bei Sanierungen und dem Ausbau erneuerbarer Energieträger entstehen. Die Tiroler Landesregierung fordert einen 3. Weg zum jungen Eigentum – neben klassischem Soforteigentum und Miet-Kauf braucht es ein neues Modell, bei welchem man nach Anzahlung grundbücherlicher Eigentümer, der Restkaufpreis vom Bauträger gestundet und vom Käufer monatlich zurückbezahlt wird. Durch die Einführung einer steuerfreien Rücklage sollen Investitionen in ökologische Projekte wie thermische Sanierungsmaßnahmen erleichtert werden. Die Tiroler Landesregierung regt die Wiedereinführung der Absetzbarkeit von Ausgaben zur Wohnraum-Schaffung in der Arbeitnehmerveranlagung an. Zudem sollen die im Wohn- und Baupaket des Bundes festgelegten Maßnahmen laufend in Abstimmung mit den Bundesländern evaluiert und falls erforderlich angepasst werden. Des Weiteren sollen die befristet eingeräumten steuerlichen Erleichterungen, wie die Befreiung der Gebühren für das erste Eigenheim, unbefristet verlängert werden.

Ländlichen Raum zukunftsfit machen!

Jede Gebietskörperschaft muss mit den notwendigen finanziellen Mitteln ausgestattet werden, um verfassungsrechtliche Aufgaben erfüllen zu können, weshalb es eine faire und bedarfsorientierte Finanzierungsaufteilung zwischen den Gebietskörperschaften braucht. Die interkommunale Zusammenarbeit muss forciert werden. Die Kooperation zwischen mehreren Gemeinden zur Erbringung öffentlicher Leistungen soll gefördert und ausgebaut werden, dazu braucht es vor allem im hoheitlichen Bereich steuerliche Erleichterungen sowie Klarstellungen im Steuerrecht. Ein rascher Ausbau des digitalen Angebotes für Bürgerinnen und Bürger (Digitales Amt) und die Forcierung des „papierlosen“ Amtes unter Gewährleistung eines qualitätsvollen und vollumfänglichen analogen Bürgerservice für weniger digitalaffine Personen. Es braucht eine finanzielle Unterstützung der Bundesländer bei der Digitalisierung der Wasserwirtschaft und der Erstellung eines digitalen Wasserbuches. Der Zugang der Gemeinden und Behörden zu den Registern des Bundes soll geprüft werden, um Daten im Aufgabenvollzug anwenden zu können und somit diesen zu erleichtern. Gefordert sind außerdem mehr Transparenz und eine deutliche Vereinfachung bei den Transferzahlungen zwischen Bund und Gemeinden. Im Sinne der Gemeinden soll das Gebührengesetz novelliert werden. Die Gleichwertigkeit der Lebens- und Arbeitsbedingungen im ganzen Land (städtischer wie ländlicher Raum) ist Grundvoraussetzung für prosperierende Regionen und soll mittels sinnvoller Maßnahmen zur Digitalisierung vorangetrieben werden. Die Dezentralisierungsbemühungen auf Bundesebene müssen ernsthaft angegangen werden. Die Absicherung der GAP-Zahlungen und der Fokus auf die bäuerlichen Familienbetriebe sind wesentlich. Eine Inflationsanpassung bei den Ausgleichszahlungen insbesondere für Bergbauernbetriebe in der neuen GAP-Periode ab dem Jahr 2028 soll geprüft werden. Tirol bekennt sich zur aktiven Almwirtschaft und der Unterstützung derselben und fordert dabei von der künftigen Bundesregierung die Unterstützung der kleinstrukturierten Landwirtschaft. Die Entbürokratisierung und Verwaltungsvereinfachungen bei der Arbeit unserer bäuerlichen Betriebe, eine gleichzeitige Stärkung der regionalen Lebensmittelproduktion und die Wiederherstellung sowie Absicherung der Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft in allen Bereichen haben höchste Priorität.

–

Familie, Generationen, Gleichstellung, (Alters-)Vorsorge und Pension

Kinderbildung und -betreuung als Grundbedürfnis nachhaltig ausbauen!

Tirol nimmt mit dem Recht auf Kinderbildung und Kinderbetreuung eine österreichweite Vorreiterrolle ein. Dabei erwartet sich die Tiroler Landesregierung weitere nachhaltige finanzielle Unterstützung bei dessen stufenweisen Einführung im Sinne eines flächendeckenden, leistbaren, ganztägigen und ganzjährigen Angebots. Es gilt, Tirol als Pilotregion zu unterstützen, Unternehmen zu motivieren, im Rahmen ihrer Möglichkeiten mitzuwirken sowie eine Bundesförderung für Unternehmen anzubieten, um betriebliche Kinderbetreuungsangebote auszubauen. Damit muss seitens des Bundes eine Attraktivierung des Berufsbildes in der Elementarpädagogik, ein ausreichendes Ausbildungsangebot sowie eine Infrastrukturoffensive im Bildungsbereich einhergehen. Dabei ist auch der Ausbau der Tageselternstruktur miteinzubeziehen.

Leistung und Vorsorge muss vor Altersarmut schützen!

Wer jahrzehntelang gearbeitet hat, soll einen Anspruch auf eine gesetzlich gesicherte staatliche Pension haben. Es sind von der künftigen Bundesregierung Maßnahmen zu setzen, um das Pensionssystem langfristig finanziell abzusichern. Der Fokus liegt dabei in der Angleichung des faktischen Pensionsantrittsalters an das gesetzliche Pensionsantrittsalter, um Ausgaben für Pensionen langfristig leistbar zu machen und Pensionszahlungen nachhaltig sicherzustellen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen möglichst lange gesund im Erwerbsleben bleiben können. Der Bund soll die Chance nützen und die Vorsorge auf breitere Beine stellen, indem die private und betriebliche Vorsorge gestärkt wird. Ansätze können die KEST-Befreiung bei privater Altersvorsorge, ein erhöhter Freibetrag bei der betrieblichen Altersvorsorge mittels Änderung des Einkommenssteuergesetzes, Verbesserungen bei der Anrechnung von Kindererziehungszeiten und Maßnahmen zur Verbesserung des Pensionsanspruchs für pflegende Angehörige sein.

Arbeit, Wirtschaft, Tourismus, Lehre, Digitalisierung und Verwaltung

Einsatz muss sich lohnen!

Es ist der Anspruch der Tiroler Landesregierung, Rahmenbedingungen zu schaffen, um Vollzeitarbeit attraktiv zu machen. Wer Vollzeit arbeiten möchte, soll das auch tun können und einen Vorteil daraus haben. Es braucht Anreize und steuerliche Erleichterungen beim Faktor Arbeit, insbesondere auch bei Mehr- und Vollzeitarbeit. Dabei ist insbesondere auf die Rahmenbedingungen bei Betreuungsaufgaben sowie die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen einzugehen. Zudem braucht es Maßnahmen um jene Personen zu unterstützen, die im Regelpensionsalter freiwillig einer Erwerbstätigkeit nachkommen wollen und adäquate Maßnahmen im Bereich der Weiterbildung und Höherqualifikation, um Arbeitslose auf offene Stellen zu vermitteln. Um das Ansparen zu attraktivieren, soll eine KEST-Befreiung beim ersten Sparbuch in der Kindheit und Jugend umgesetzt werden. Die Bundesregierung ist aufgefordert, die EU-Lohntransparenzrichtlinie unter Einbindung der Sozialpartner sowie der Länder umzusetzen und Maßnahmen zu ergreifen, um die Lohnschere zu schließen.

In der kommenden Regierungsperiode muss der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Europa ein besonderes Augenmerk geschenkt werden. Die europäische wirtschaftliche Entwicklung hat direkte Auswirkungen auf die Unternehmen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Tirol. Deshalb braucht es eine ausgeglichene Interessensabwägung. Die Rahmenbedingungen müssen so ausgerichtet sein, damit Tirol, Österreich und die EU langfristig als attraktiver Wirtschaftsstandort bestehen bleibt: Gute Arbeitskräfte auszubilden, die Steuerbelastung zu reduzieren, Bürokratie nachhaltig abzubauen, Investitionsanreize zu schaffen sowie Energie- und Versorgungssicherheit herzustellen, sind dabei Schlüsselfaktoren.

Mit Tourismus erfolgreich sein!

Die österreichische Bundesregierung ist gefordert, in Abstimmung mit Tourismuspionierregionen wie Tirol, tourismuspolitische Schwerpunkte zu setzen. Ziel ist ein ganzjähriger, qualitätsvoller und regional stark verankerter Tourismus und damit verbunden hochwertige Ganzjahresarbeitsplätze. Es sind alle rechtlichen Schritte zu setzen, um die Abgabepflicht für internationale Vermittlungsplattformen sowie OTAs (Online Travel Agencies) zu begründen und Investorenmodelle zu verhindern. Gemeinsam mit dem Bund braucht es verstärkte Kooperation, um internationale Schlüsselarbeitskräfte anzuwerben. Damit verbunden ist die Forderung, die Kontingente für touristische Fachkräfte nachhaltig und dauerhaft zu erhöhen, um dem Fachkräftebedarf der heimischen Tourismusbetriebe gerecht zu werden sowie eine föderale Ausgestaltung bei der Verteilung der Saisonier-Kontingente voranzutreiben. Zudem soll eine weitere Entbürokratisierung der Rot-Weiß-Rot-Card zur effektiveren Anwerbung von ausländischen Fachkräften erfolgen. Die Tiroler Landesregierung will die Digitalisierung für den Tourismus nützen, vor allem das digitale Meldewesen soll weiter vorangetrieben werden. Die Stärkung der Tourismusgesinnung – also die Unterstützung, Akzeptanz und Toleranz aus der Gesellschaft heraus – soll als gemeinsame Aufgabe von Gemeinden, Ländern und dem Bund verstanden werden. Deshalb braucht es das Bemühen der künftigen Bundesregierung, um sogenannte „Einheimischentarife“ und vorteilhafte Kartenverbände für die einheimische Bevölkerung zu erhalten sowie auf europäischer und nationaler Ebene rechtlich abzusichern. Die Präsenz der Tourismus- und Freizeitwirtschaft soll innerhalb der künftigen Bundesregierung mit dem Erhalt des Staatssekretariats sichergestellt werden.

Duale Ausbildung als großes österreichisches Erfolgsmodell aufwerten!

Die Stärkung der dualen Ausbildung ist als Schlüssel gegen den Arbeitskräftemangel unbestritten. Aus der Lehre heraus entstehen berufliche Perspektiven, diese gilt es aber auch seitens der öffentlichen Hand zu fördern. Deshalb soll für alle dualen Ausbildungen, die keine Meisterausbildung bieten, ein Diplom eingeführt werden, um den Wunsch von Lehrlingen nach Weiterentwicklung, Fortbildung und Höherqualifizierung zu erfüllen. Um die dringend notwendige Bedeutung der Lehrberufe zu steigern, braucht es eine gegenseitige Anrechnung der Ausbildungen: Lehrabschlüsse sollen auf schulische Ausbildungen angerechnet werden – nicht nur umgekehrt. Zudem sollen Systeme für die finanzielle Unterstützung Erwachsener in

Lehrausbildungen, beispielsweise im zweiten Bildungsweg, geschaffen werden. Im Rahmen der Rot-Weiß-Rot-Karte plus soll ein geregelter Zugang für Drittstaatsangehörige geschaffen werden, die eine Lehrausbildung machen wollen. Die Tiroler Landesregierung fordert die Unterstützung des Bundes bei der Sanierung und bestmöglichen Ausstattung der Berufsschulen sowie der Polytechnischen Schulen mit modernsten Geräten und Infrastruktur.

„Datenhighways“ ausbauen, E-Governance forcieren!

Die Digitalisierung muss auf allen Ebenen ausgebaut werden: von der digitalen Breitbandinfrastruktur und der Fortführung, Weiterentwicklung und Sicherstellung der Breitbandförderung über die 3. Breitbandmilliarde sowie Förderung für die „letzte Meile“, über die Digitalisierung der Verwaltung, bis hin zu digitalen Zukunftschancen für Unternehmen. Dabei muss der Bund insbesondere seinen Anteil an den Ko-Finanzierungsmitteln sicherstellen. Europa und Österreich sollen die Chancen der künstlichen Intelligenz (KI) nützen, gleichzeitig aber auch die Gefahren ausräumen. Digitale Grundbildung soll für alle Generationen zugänglich sein, vom Kind bis zu SeniorInnen. Die Gemeinden sollen auch bei der Erstellung des Breitbandatlas als Partner ins Boot geholt und am Weg zu Smart-Villages/Cities unterstützt werden. Die Einrichtung interkommunaler IT-Kompetenzzentren soll österreichweit gefördert werden. Die bürgernahe Verwaltung muss ausgebaut, E-Government forciert und der Schutz vor Cyberattacken österreichweit intensiviert werden. Gemeindekooperationen sollen gestärkt und freiwillige Zusammenschlüsse unterstützt werden. Auch die Barrierefreiheit soll auf allen Ebenen vorangetrieben werden. Die verstärkte Nutzung der ID Austria in Alltagsanwendungen, insbesondere auch mit Unterstützung von Systempartnern (Banken, Versicherungen etc.), liegt im Interesse von Bund und Land. Dabei sind nicht digitalaffine Personen besonders zu unterstützen.

–

Gesundheit, Pflege, Bildung, Wissenschaft und Forschung

Zukunftsfitte und flächendeckende Versorgung sicherstellen!

Die Tiroler Landesregierung fordert eine nachhaltige Krankenanstaltenfinanzierung und die damit verbundene Optimierung der bundesweit geltenden Rahmenbedingungen. Dabei braucht es insbesondere eine faire und bedarfsorientierte Finanzierungsaufteilung zwischen den Gebietskörperschaften und eine angemessene Abgeltung des klinischen Mehraufwandes bei Universitätskliniken. Zudem braucht es von der künftigen Bundesregierung ein Bekenntnis zu den regionalen Klinikbauprogrammen.

Eine flächendeckende Versorgung mit Kassenärztinnen und Kassenärzten soll in Zusammenarbeit mit allen zuständigen Institutionen sichergestellt werden. Es braucht die Forcierung der Einrichtung von Schwerpunktambulanzen (z.B. Gewaltschutzambulanz), eine Regelfinanzierung der Palliativversorgung im mobilen und stationären Bereich sowie den Ausbau der Palliativbetten. Einen besonderen Stellenwert wird künftig das Thema Prävention einnehmen. Pflegende Angehörige müssen entlastet werden. Die Bestrebungen, eine Lehre für Assistenzberufe in Pflege anzubieten, soll fortgesetzt und im Rahmen des laufenden Pilotprojektes weiter umgesetzt werden. Zudem sollen ehrliche Anreize geschaffen werden, um qualifiziertes Pflegepersonal aus Drittstaaten anzuwerben. Das EEZG muss seitens des Bundes weiterfinanziert und um weitere Berufsgruppen erweitert werden. Zudem muss eine Kompetenzerweiterung in den Pflege- sowie den MTD-Berufen geprüft und angegangen werden. Gefordert ist der Aufbau telemedizinischer Präventions- und Versorgungsangebote, der zügige Ausbau von ELGA und die gesetzliche Nutzungsverpflichtung für Gesundheitsdienstleister, die Förderung des digitalen Austauschs von Befunden und Patientendaten und der Ausbau von E-Health-Technologien und KI-gestützten Systemen. Die Tiroler Landesregierung fordert flächendeckende bilaterale Vereinbarungen für grenzüberschreitende wechselseitige Unterstützung/Aushilfe im Rettungsdienst mit allen Nachbarstaaten und spricht sich gegen eine Ausdünnung der Freiwilligen im Rettungsdienst und der Zivildienstler aus. Es braucht eine Optimierung der flächendeckenden Versorgung mit Medikamenten und Sicherstellung eines bundesweit einheitlichen Zugangs zu Arzneimitteln und Medizinprodukten.

Beste Ausbildung für unsere Kinder nachhaltig absichern!

Bildung ist für jedes Kind die Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Die Bundesregierung ist gefordert die Rahmenbedingungen für qualitätsvolle Bildungsstätten, gesunde Rahmenbedingungen moderne Unterrichtsweisen und Raum für Erholung und Freizeit zu schaffen. Mit der Schaffung eines neuen Berufsbildes im Lehrpersonendienstrecht kann eine Unterstützung der Lehrkräfte zur Erfüllung der Aufgaben im Bereich der schulischen Tagesbetreuung und der Schulasistenz geschaffen werden, dafür muss die künftige Bundesregierung das Berufsbild der Assistentzpädagoginnen und Assistentzpädagogen schnellstmöglich umsetzen und um das derzeitige Berufsbild der Schulasistenz erweitern. Zur Entlastung der Schulleitungen an Pflichtschulen sollen nachhaltig zusätzliche Ressourcen sowohl für pädagogisch-administrative Tätigkeiten, z. B bei Unterrichtsorganisation, Kommunikation mit Schulpartnern oder pädagogischen Projekten, als auch für die Einrichtung von Schulsekretariaten geschaffen werden. Damit einher geht auch die Aufwertung der Entlohnung in Schulen, bei Direktorinnen und Direktoren sowie Pädagoginnen und Pädagogen. Die Nahtstellen-Situation und der Übergang von der Elementarpädagogik zur Volksschule soll mittels Programme verbessert werden, um Pädagoginnen und Pädagogen sowie Kinder zu unterstützen. Der Bund ist gefordert, der Gewaltprävention und der Schulsozialarbeit, insbesondere psychosozialer Unterstützungssysteme, einen besonderen Stellenwert einzuräumen und die Bundesländer bei ihren Bemühungen zu unterstützen. Pflichtschulen müssen ein sicheres, gefestigtes und gewaltfreies Umfeld bieten können. Zudem ist es essentiell, im Sinne einer inklusiven Bildung, dass jeder Pädagoge/ jede Pädagogin eine sonderpädagogische Ausbildung erfährt. Das Fach „Sonderpädagogik“ ist wiedereinzuführen.

Es gilt, die MINT-Bildung weiter auszubauen und zu unterstützen. Musische- und Sport-Fächer in Schulen sollen wieder verstärkt gefördert und angeboten werden. Der Ausbau der Finanz- und Wirtschaftsbildung sowie der politischen Bildung an Schulen ist notwendig, um die Eigen- und Bürgerverantwortung der Bevölkerung zu stärken. Ethik soll als ein wichtiger Bestandteil auf allen Bildungsebenen etabliert werden. Bilinguale Angebote sollen auf allen Bildungsebenen forciert werden. Bildung soll insgesamt durchlässiger werden, weshalb Nostrifizierungsverfahren vereinfacht, die Anerkennung von qualitätsvollen im Ausland absolvierten Studien vorangetrieben und so die Attraktivität Österreichs als Zielland für Schlüsselkräfte erhöht werden. Tirol bietet sich insbesondere an, die Umsetzung als VET-Med-Standort gemeinsam mit dem Bund weiterzuverfolgen, um die tierärztliche Versorgung in Westösterreich langfristig abzusichern. Die künftige Bundesregierung ist aufgefordert, in internationalen und europäischen Schulen (z.B. ISK oder AES) den fremdsprachlichen Unterricht auf höchster Qualität zu fördern und die entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Die Auslobung von Forschungs- und Exzellenzprofessuren des Bundes nach Bayerischem Vorbild sollte fokussiert werden, um der Abwanderung von Spitzenwissenschaftlern vorzubeugen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit des heimischen Wissenschaftsstandortes zu festigen.

–

Ehrenamt, Sport, Kunst und Kultur

Österreich als Heimat der Ehrenamtlichen weiterdenken!

Die Tiroler Landesregierung fordert von allen konstruktiven politischen Kräften, das Ehrenamt als wichtige Säule unserer Gesellschaft in den Vordergrund rücken. Insgesamt soll in Zusammenarbeit mit den Bundesländern eine Novelle des Vereinsgesetzes herbeigeführt werden, um die persönliche Haftung für ehrenamtliche Funktionärinnen und Funktionäre zu minimieren. Zudem soll die Steuerbefreiung ehrenamtlicher Tätigkeit angegangen werden, konkret könnte die Gleichstellung von pauschaler Abgeltung für alle ehrenamtlichen Tätigkeiten (z.B freiwillige Tätigkeit im Sozialbereich) umgesetzt werden. Des Weiteren braucht es eine Verbesserung bei der Freistellung und der Entgeltfortzahlung von Einsatzkräften bei Großereignissen. Um Funktionärinnen und Funktionäre innerhalb und außerhalb des Einsatzdienstes im Falle von geltend gemachten Haftungsansprüchen rechtlich abzusichern, soll eine Sammel-Haftpflichtversicherung für ehrenamtliche Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger geprüft werden.

Der Sport soll an Bildungseinrichtungen sowie als Motor der Integration verstärkt gefördert werden. Dabei gilt es auch, Behindertensport sowie SeniorInnensport und generationenübergreifende Angebote zu fördern. Gemeinden, Vereine, Verbände müssen bei der Errichtung von öffentlich zugänglichen Freizeitanlagen unterstützt werden. Tirol bietet sich unter starker Beteiligung des Bundes als Standort für ein Bundeszentrum für Schwimmsport in Westösterreich an.

Im Bereich Kunst und Kultur strebt die Tiroler Landesregierung bundesweite Verbesserungen in der gerechteren Entlohnung und der sozial- und arbeitsrechtlichen Absicherung Kunst- und Kulturschaffender („Fair Pay“) an. Zudem soll der Kulturstandort West-Österreich aufgewertet werden, indem eine angemessene finanzielle Unterstützung für den Um- und Neubau des Tiroler Landesmuseums Ferdinandeum, die Professionalisierung des Museums Aguntum sowie die Etablierung der Festung Nauders als Außenstelle des Heeresgeschichtlichen Museums (HGM) erwirkt werden. Es braucht insbesondere eine ideelle und spürbare finanzielle Wertschätzung gegenüber regionalen Kunst- und Kulturinitiativen seitens des Bundes – der Fokus Österreichs im Bereich Kunst und Kultur darf nicht nur auf der Bundeshauptstadt liegen.

Praktikable und unbürokratische Lösungen braucht es bei der Versicherungspflicht im Rahmen von Werkverträgen exponierter Berufsgruppen, wie BergsportführerInnen oder Kunst- und Kulturschaffenden.

–

Soziales, Integration, Zivil- und Katastrophenschutz und Sicherheit

Hilfe bekommt, wer Hilfe braucht!

Manche Lebensumstände erfordern besondere Hilfestellungen. Als Tiroler Landesregierung unterstützen wir jene, die es brauchen unbürokratisch und schnell – gleichzeitig stellen wir aber sicher, dass wir Steuergeld treffsicher einsetzen. Wir bleiben sozial und sichern damit unseren Wohlstand, sorgen für Chancengleichheit, bringen mehr Gerechtigkeit in unser Land und erhalten den sozialen Frieden. Denn eine Gesellschaft die zusammenhält, ist weniger anfällig für Populismus. Wir erwarten von der Bundesregierung, Anreize für Erwerbstätigkeit zu schaffen und Unterstützung bei Anlaufschwierigkeiten zu bieten.

Inklusion als Menschenrecht!

Die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen und das Recht auf Teilhabe an der Gesellschaft ist der Tiroler Landesregierung ein besonderes Anliegen. Alle Menschen, unabhängig von ihren individuellen Fähigkeiten, Bedürfnissen oder ihrem Hintergrund, sollen gleichermaßen wachsen und lernen können. Die Finanzierung für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf muss dahingehend ausgeweitet werden.

Beim Thema „Lohn statt Taschengeld“ muss eine bundesweite Lösung erarbeitet und die Möglichkeit geschaffen werden, einer sozialversicherungsrechtlich abgesicherten und entsprechend entlohnten Arbeit nachzugehen. Das betrifft sowohl den regulären bzw. ersten Zugang zum Arbeitsmarkt, als auch die nach wie vor bestehenden Tagesstrukturen. Der Bund ist dahingehend gefordert, auch die Begleitumstände, wie die Frage von Pensionszahlungen, zu lösen und den Bundesländern damit ein Regulatorium zur Verfügung zu stellen, um einen weiteren Schritt in der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zu setzen.

Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt!

Die Zahl der Gewaltdelikte an Frauen ist alarmierend: Im Jahr 2023 erlebte Österreich 42 Frauenmorde. Es braucht einen bundesweiten Gewaltschutzplan, der ausreichend Mittel vorsieht, um flächendeckende Gewaltschutzeinrichtungen langfristig und flächendeckend zu etablieren und der zudem Maßnahmen enthält, die einen präventiven Gedanken verfolgen. In Tirol wurde eine eigene Gewaltschutzambulanz bereits eröffnet und Ziel muss es sein, diese bundesweit als Standard zu etablieren.

Fördern und fordern!

Die Tiroler Landesregierung steht für eine Migrationspolitik mit Hausverstand und Vernunft: Denn es gibt Grenzen der Aufnahmefähigkeit eines jeden Landes, deren Überschreitung sowohl zulasten der Akzeptanz von Zuwanderung als auch des Erfolgs von Integration ginge. Ziel ist es, sichere, reguläre und geordnete Migration zum gegenseitigen Vorteil zu nutzen. Illegale Migration und das Schlepperwesen müssen bekämpft sowie Asylverfahren weiter beschleunigt werden. Seitens des Bundes bedarf es einer Überarbeitung der Verordnung über die Heranziehung von Asylwerbern und bestimmten sonstigen Fremden für gemeinnützige Hilfstätigkeiten. Zudem ist für Asylberechtigte ein frühzeitiger Arbeitsmarkt-Eintritt und die damit verbundene Selbsterhaltungsfähigkeit ein wichtiger Indikator für den Integrationsprozess. Geflüchtete sollen sich in Österreich möglichst schnell zurechtfinden und auch möglichst schnell ihren Beitrag für unsere Gesellschaft leisten können.

Bevölkerung vor jedweden Gefahren schützen!

Die Tiroler Landesregierung will die Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Bundesheer weiter ausbauen und intensivieren. Die dauerhafte Stationierung von mindestens zwei Bundesheerhubschraubern in Tirol und damit in Westösterreich ist unabdingbar und dringend notwendig. Mittels ausreichender Polizei-Planstellen soll die innere Sicherheit garantiert werden, im Bereich der Polizeiausbildung in Tirol soll der Neubau Polizeischule Wiesenhof zügig umgesetzt werden. Um der Verkehrsbelastung Herr zu werden, sollen polizeiliche Verkehrskontrollen an den Hauptverkehrsrouten in Tirol umfassend ausgebaut werden. Um die Einsatzfähigkeit zu erhöhen, soll ein Polizeihubschrauber mit Nachtsichttechnik in Tirol stationiert werden. Die Einführung einer Katastrophenschutzversicherung soll, ähnlich dem Modell der Hagelversicherung, geprüft werden. Zur Abgeltung und finanziellen Beteiligung des Bundes bei Katastrophenschäden an Bundes- sowie Interessentengewässern soll ein Solidaritätsfonds Wasserbau eingeführt werden. Die Finanzausgestaltung des Waldfonds soll abgesichert werden und einen Fokus auf Wiederbewaldung und Schadholzbeseitigung nach Elementarereignissen und drohenden Umwelteinflüssen (Borkenkäfer) legen. Die fehlende Bundesfinanzierung aus dem KAT-Fonds für Wiederherstellungsmaßnahmen der Retentionsflächen soll behoben werden und der Bund eine Mitfinanzierung beschließen. Die Tiroler Landesregierung will das „Public-Warning-System“ zur zusätzlichen Warnung der Tiroler Bevölkerung in Krisen- und Gefahrensituationen gemeinsam mit dem Bund umsetzen.

–

Conclusio

Die Tiroler Landesregierung behält sich vor, sich ergänzend zu der Tirol-Erklärung in allen, für die Tirolerinnen und Tiroler wichtigen Themen, zu Wort zu melden und von der künftigen Bundesregierung Lösungen im Sinne des Bundeslandes Tirol und der Republik Österreich einzufordern. Die Unterzeichner bekennen sich dazu, mit bestem Wissen und Gewissen gegenüber der künftigen Bundesregierung für die Interessen Tirols einzutreten, an der positiven Gestaltung des gesamten Bundesgebietes mitzuwirken und das politische Miteinander zu fördern.

–

Verbundenheit mit Südtirol

Seit 1946 ist die Schutzfunktion Österreichs für Südtirol vertraglich verankert. Als Bundesland Tirol ist uns die Freundschaft und Verbundenheit zu Südtirol ein ganz besonderes Anliegen. Selbstverständlich unterstützt die Tiroler Landesregierung eine dynamische Entwicklung der Autonomie Südtirols und setzt innerhalb der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino auf eine intensive grenzüberschreitende Zusammenarbeit. In einem subsidiären Europa spielt die regionale Ebene eine besondere Bedeutung, vor allem in ihrer grenzüberschreitenden Funktion, welche die Basis der europäischen Integration darstellen. Tirol ist hier Vorbild in Europa, deshalb erinnert die Tiroler Landesregierung auch die künftige Bundesregierung an ihre Verantwortung, in ihrem Handeln und Tun auch die Interessen der Südtirolerinnen und Südtiroler zu berücksichtigen und die Regionen bei ihrer Entwicklung positiv zu unterstützen.

Tirol und Südtirol sind besonders starke Partner. Es ist der Tiroler Landesregierung ein ganz großes Anliegen, im Rahmen der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino die Menschen aus allen drei Teilen des historischen Tirols zusammenzubringen. Mit der Schaffung eines Euregio Tickets für den öffentlichen Personennahverkehr, wurden vor Ort bereits wichtige Schritte gesetzt um einer Integration in das Klima-Ticket auf nationaler Ebene zu erreichen. Abseits einer Vielzahl gemeinsamer Projekte sind die drei Regionen auch bei den großen Fragen – vom Verkehr bis zur illegalen Migration – eng abgestimmt. Das Europäische Forum Alpbach soll dabei in Zukunft verstärkt der geistige Anker im Sinne der europäischen Integration und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der drei Regionen werden.

Die historischen Landesteile Tirols verbindet nicht nur eine gemeinsame Geschichte, sondern vor allem ein starkes Wertefundament. In unserer bewegten Geschichte konnten in den vergangenen Jahrzehnten durch die Chancen des gemeinsamen Europa nicht nur die Grenzbalken abgebaut, sondern auch die Menschen zusammengeführt werden. Sich als Tiroler oder Tirolerin – nördlich oder südlich des Brenners – zu fühlen, bedeutet Identitätsbildung und Gemeinschaftsgefühl. Abseits von den inhaltlichen Themen, die die Regionen beschäftigen, zählt das Zusammengehörigkeitsgefühl. Die Tirolerinnen und Tiroler sind fleißige, freiheitsliebende und selbstbewusste Menschen – unabhängig davon, in welchem Landesteil sie zu Hause sind. Deshalb sieht die Tiroler Landesregierung in der gemeinsamen Arbeit in der Europaregion das größte Potential, um Zusammenhalt und Identität zu fördern.

–

Gemeinsames Europa

Als Land im Herzen Europas ist proeuropäische Politik eine Selbstverständlichkeit. Der Tiroler Landesregierung ist bewusst, dass große Herausforderungen gemeinsam besser gelöst werden können. Entscheidend ist, dass die Europäische Union auf die Unterschiedlichkeit der Regionen Rücksicht nimmt und das Prinzip der Subsidiarität nicht aushöhlt. Die Tiroler Landesregierung steht zu einem gemeinsamen Europa, wird die Tiroler Interessen auch weiterhin selbstbewusst und vehement in Brüssel und Straßburg vertreten und verteidigen. Tirol engagiert sich seit den 90er Jahren aktiv in einer Vielzahl von europäischen MultilevelOrganisationen und ist Gründungsmitglied vieler solcher Organisationen. Von der Arge Alp vor 50 Jahren, bis hin zum Ausschuss der Regionen in Brüssel, der Europaregion vor Ort oder der europäisch Makroregionalen Strategie der Alpen. Ein Austritt aus der Europäischen Union, wie von manchen extremen Kräften immer wieder hyperventiliert, kommt für die Tiroler Landesregierung nicht in Frage. Bei all den notwendigen Verbesserungen, die die Europäische Union vornehmen muss, hängt der gesellschaftliche und wirtschaftliche Erfolg unseres Landes aber auch unsere Verbundenheit mit Südtirol von der Mitgliedschaft in der Europäischen Union zusammen. Deshalb appelliert die Tiroler Landesregierung an alle Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger, ein Bekenntnis zu einem gemeinsamen Europa abzugeben und Tirol bei seinen proeuropäischen Bestrebungen zu unterstützen.

Angebot an die künftige österreichische Bundesregierung

Die Tiroler Landesregierung zeigt große Bereitschaft, sich in Zusammenarbeit mit der künftigen Bundesregierung den Herausforderungen der Zeit zu stellen und die Zukunftschancen zu nützen. Dabei ist die Hand allen konstruktiven politischen Kräften, die den verlässlichen Fortschritt Tirols unterstützen, ausgestreckt. Tirol kann in vielen Bereichen, wie der Quantenphysik, dem starken Arbeitsmarkt mit der österreichweit mitunter geringsten Arbeitslosigkeit oder der quantitativen und vor allem qualitativen Kraft des Tourismus auf Spitzenleistungen verweisen. Das Bundesland Tirol ist der letzte verbliebende Penicillin-Produktionsstandort in ganz Europa. Auch bei den Sanierungsförderungen im Wohnbau, dem einzigartigen Recht auf Kinderbildung und Kinderbetreuung oder der geringsten Pro-Kopf-Verschuldung aller Bundesländer nimmt Tirol eine Vorreiterrolle ein. Mit dem Ausbau der erneuerbaren Energiequellen und insbesondere der dringend notwendigen Speicherkapazitäten im Bereich der Wasserkraft, der überdurchschnittlich hohen Bereitschaft in der Gesellschaft, sich ehrenamtlich zu engagieren oder dem Willen, eine echte Verkehrswende einzuleiten, bietet Tirol noch enormes Potential. In Bereichen, in denen Tirol und andere Bundesländer noch Aufholbedarf haben, gehört dieser benannt und in einem gemeinsamen Kraftakt zwischen Bund und Ländern überwunden. Die Tiroler Landesregierung ist bereit, Verantwortung zu übernehmen und von Tirol aus, positive Entwicklungen und Verbesserungen anzustoßen. In besonderer Art und Weise bieten wir uns der künftigen Bundesregierung als verlässlicher Partner, Vorreiter und/oder Pilotregion in folgenden Bereichen an:

- **Pilotregion im Schienenverkehr:** Tirol kann gemeinsam mit seinen Nachbarn beweisen, dass der Schienenverkehr ohne nationalstaatliche und bürokratische Hürden viel effizienter funktioniert.
- **Stromspeicher Europas:** Tirol kann wichtige Speicherkapazitäten schaffen und bei einem Blackout mit schwarzstartfähigen Kraftwerken das europäische Stromnetz wieder hochfahren.
- **Recht auf Kinderbildung:** Tirol kann mit dem Ausbau des Rechts auf Kinderbildung und Kinderbetreuung wichtige Erfahrungen sammeln und als best-practice zur Verfügung zu stellen.
- **Tourismuspionierregion:** Tirol ist bereit, das tourismuspolitische und –wissenschaftliche Knowhow zu bündeln und weiterhin eine führende Rolle bei der Tourismuspolitik in Österreich einzunehmen.
- **Pflegelehre:** Tirol will die Pilotphase der Pflegelehre fortführen und dauerhaft anbieten.
- **MINT-Bundesland:** Tirol arbeitet daran, flächendeckende MINT-Bildungsregionen umzusetzen.
- **Pilotregion für pädagogische Assistenz:** Tirol steht zur Verfügung, um gemeinsam mit dem Bund das Berufsbild „Pädagogische Assistenz“ als Pilotregion im Regelschulbetrieb zu implementieren und die Gemeinden damit zu entlasten.
- **Land der Ehrenamtlichen:** Tirol kann gemeinsam mit dem Bund die Einführung einer Sammel-Haftpflichtversicherung für ehrenamtliche VerantwortungsträgerInnen vorantreiben.
- **Geschützt und versichert:** Tirol kann mit Unterstützung des Bundes die Umsetzung einer Katastrophenschutzversicherung sowie ein umfassendes Public-Warning-System einführen.
- **Flüchtlingskoordination:** Tirol bietet geflüchteten Menschen Schutz und hat Strukturen geschaffen, um jene Schritte, die für eine gelingende und bedarfsorientierte Integration notwendig sind, einzufordern.
- **Konsequente Arbeitsintegration:** Die Tiroler Landesregierung ist bereit, gemeinsam mit dem Bund eine Testphase – aufbauend auf dem Tiroler Integrationskompass und auf der österreichweit einzigartigen Onboarding-Stelle – die konsequente Integration von Asylwerberinnen und Asylwerbern sowie Asylberechtigten in gemeinnützige Tätigkeiten bzw. in den Arbeitsmarkt voranzutreiben.
- **Alpine Lunge:** Tirol will gemeinsam mit dem Bund einen Schwerpunkt auf die Sicherstellung des Schutzwaldes und die Umrüstung auf klimafitte Bergwälder legen.
- **Schwerpunkt Tierwohl:** Tirol bietet sich insbesondere an, die Umsetzung als VET-Med-Standort gemeinsam mit dem Bund weiterzuerfolgen.
- **Land der Lehrlinge:** Tirol bekennt sich klar zur dualen Ausbildung und unterstützt alle Bestrebungen, die den Lehrberuf attraktiver machen.
- **Gesundheitswirtschaft:** Tirol soll im Bereich von Life-Sciences ein Hotspot für Biotechnologie, Pharmazie, Medizintechnik und Medizininformatik bleiben und werden.

–

Die Tiroler Landesregierung

Anton Mattle
Landeshauptmann von Tirol

Dr. Georg Dornauer
1. Landeshauptmann-Stellvertreter

ÖR Josef Geisler
2. Landeshauptmann-Stellvertreter

Mario Gerber
Landesrat

MMag.^a Dr.ⁱⁿ Cornelia Hagele
Landesrätin

Astrid Mair, BA MA
Landesrätin

Mag.^a Eva Pawlata
Landesrätin

René Zumtobel
Landesrat